

Informationen direkt aus der Landtagsfraktion 31

Um die politische Arbeit vor Ort zu erleichtern und die aktuellen Themen in die Ortsvereine zu tragen, werden wir in regelmäßigen Abständen die "Informationen direkt aus der Landtagsfraktion" über den UB-Verteiler versenden. Wir hoffen euch damit ein wenig die politische Arbeit zu erleichtern. Für Rückfragen stehen wir euch im Abgeordnetenbüro selbstverständlich zur Verfügung.



Reinhold Perlak informiert

Inhalt:

- Sozialbericht: Sinnvolle Debatte im Landtag unmöglich
- Frauenarmut effektiv bekämpfen

- Unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung in Bayern kein Schicksal, sondern politische Herausforderung
- Gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern sollen Verfassungsrang erhalten

- SPD fordert einheitliche Ganztagschulstandards
- Ausbau der Ganztagschulen als Kulissenschieberei
- SPD fordert mehr Einsatz für Schüler mit Migrationshintergrund
- SPD kritisiert Beweihräucherung des Schublade-Schulsystems

- Landtags-SPD präsentiert Gutachten zur Energiewende
- SPD will einseitige Belastungen beim Strompreis für Privatverbraucher und Kleinbetriebe stoppen

- Kommunaler Schuldenanteil in Bayern am höchsten

- Reiseplanung ohne den Wähler: Agrarminister Brunner nimmt potentiellen CSU-Nachrücker bereits als "MdL" in offizieller Delegation mit auf Reise nach Rumänien

- Integration und Willkommenskultur: CSU soll ihren Ankündigungen endlich Taten folgen lassen

- SPD: Zeils und Seehofers Kritik an E.ON scheinheilig

- Tiermehl dauerhaft aus der Fütterung verbannen

- SPD fordert bessere Ausstattung der Feuerweherschulen

- SPD fordert angesichts drohender manroland-Insolvenz eine aktivere Industriepolitik

- Neuer Konzertsaal: Minister Heubisch missachtet Beschlüsse des Kulturausschusses

- Staat verschenkt Millionen Euro: Rechnungshof bekräftigt SPD-Kritik an skandalösem Steuervollzug
- SPD fordert von Seehofer Entschuldigung beim Rechnungshof-Präsidenten

- SPD will hauptamtliche Behindertenbeauftragte

- Neue Probleme bei der BayernLB: Aures schreibt an Finanzminister Söder
- BayernLB und Sparkassen: Fuhr Finanzminister Fahrenschohn zweigleisig?
- BayernLB: Herrmann muss Aufsicht wahrnehmen

- Rechtsextreme Terrorserie
- Abzug von V-Leuten aus NPD-Führungsebene für Verbotverfahren nicht zwingend entscheidend
- Rinderspacher begrüßt Erklärung Herrmanns zum Rechtsextremismus vor Plenum des Landtags - SPD macht Naziterror zum Thema in Aktueller Stunde

10.11.2011

Sozialbericht: Sinnvolle Debatte im Landtag unmöglich

SPD und Grüne haben keine Zeit zur Auswertung - Konsequenzen unerwünscht?

Sozialministerin Christine Haderthauer brüskiert das Parlament: Bereits einen Tag nach Vorlage des Berichts „Soziale Lage in Bayern 2011“ stand im Sozialausschuss dessen Debatte auf der Tagesordnung. SPD und Grüne halten dieses Vorgehen für untragbar: „Eine seriöse Auswertung des umfangreichen Datenmaterials und eine sinnvolle Debatte über die gebotenen politischen Konsequenzen ist unter diesen Umständen nicht möglich. Das zeigt, dass die Sozialministerin soziale Probleme in Bayern nicht ernst nimmt“, so die SPD-Fraktion. Bündnis90/Die Grünen dazu: „Die verspätete Information der Abgeordneten stellt eine grobe Missachtung der Rechte des Parlaments dar.“ SPD und Grüne hatten jahrelang im Landtag für eine regelmäßige Sozialberichterstattung gekämpft. Seit dem letzten Jahr legt nun das Bayerische Sozialministerium endlich einen jährlichen Bericht zur sozialen Lage in Bayern vor. „Diese Berichterstattung verdient eine größere politische Beachtung. Die Staatsregierung muss aus den erkennbaren Trends und Problemlagen endlich politische Initiativen und Programme ableiten. Die bisherigen Sozialberichte verschwanden nach ihrer öffentlichen Präsentation schnell wieder in den Schubladen des Ministeriums. Alle Anträge der Opposition zu politischen Konsequenzen aus der Sozialberichterstattung wurden von den Regierungsfractionen abgeblockt. Eigene parlamentarische Initiativen der Regierungsfractionen sind bisher ausgeblieben“, so SPD und Die Grünen.

Auch die sozialpolitischen Forderungen und Handlungsempfehlungen der von Horst Seehofer eingesetzten Expertenkommission zum zweiten bayerischen Sozialbericht wurden bisher nicht umgesetzt. „Politisch hat die Sozialberichterstattung bisher nicht mehr als eine Menge heißer Luft produziert“, stellt die SPD fest. Eine sachlich fundierte Debatte im Sozialausschuss des Landtags ist der erste Schritt, um diesen skandalösen Zustand zu beenden.

und

29.11.2011

Frauenarmut effektiv bekämpfen

SPD fordert angesichts des neuen Sozialberichts schnelle Verbesserungsmaßnahmen

Die Sozialbericht 2011 belegt es eindrucksvoll: Frauenarmut ist in Bayern ein ernstzunehmendes Problem, seit 2003 steigt sie an. Die SPD legt fünf aktuelle Anträge mit konkreten Maßnahmen gegen Frauenarmut vor, die in der heutigen Plenarsitzung diskutiert werden. Dazu gehören konkret die Einführung des Mindestlohns, eine verstärkte Wohnraumförderung sowie der Ausbau der Ganztagsbetreuung. Zu dem Antragspaket gehört zudem ein Programm für Erholungsmaßnahmen und die Schaffung eines Notfallnetzwerks für Alleinerziehende. „Wir müssen den Frauen zeigen, dass wir ihre Arbeit und ihre Probleme ernst nehmen und sie unterstützen“, erklärt die SPD.

Die Armutsgefährdung von Frauen lag laut Bericht zur Sozialen Lage in Bayern 2011 im Jahr 2009 insgesamt bei 14,8 Prozent, und damit mehr als zwei Prozentpunkte über dem der Männer. Bei gleicher Arbeit verdienen Frauen rund acht Prozent weniger als Männer, der absolute Verdienstunterschied liegt bei 25 Prozent. Und auch im Alter nehmen die Probleme nicht ab: Mit 853 Euro ist die Höhe der durchschnittlichen Renten im Jahr 2009 bei Männern erheblich höher als die der Frauen (506 Euro). Deren Altersbezüge sind in den letzten zehn Jahren sogar noch um 63 Euro gesunken. Die SPD fordert, dass der Freistaat jetzt endlich tätig wird, denn ein weiteres Zuwarten sei den Frauen nicht mehr zuzumuten. „150 Euro Betreuungsgeld pro Kind werden das Problem Frauenarmut nicht lösen. Das ist zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel. Im Gegensatz zum Konzept von CDU/CSU fordern wir nachhaltige und effektive Hilfe.“

10.11.2011

Unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung in Bayern kein Schicksal, sondern politische Herausforderung

SPD kontert Innenminister Herrmann: Abwanderungsproblem erfordert Politik aus einem Guß, statt bloßer Worte und Schuldzuweisungen der CSU an den Bund

Zu den Äußerungen von Innenminister Herrmann zur Bevölkerungsentwicklung in Bayern erklärt die SPD-Landtagsfraktion: "Die unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung in Bayern ist kein Schicksal, sondern politische Herausforderung, die angegangen werden muss! Es ist Volksverdummung, wenn der Innenminister den Bevölkerungsschwund in den peripheren Regionen damit erklärt, dass die Bayern dort weniger Kinder auf die Welt brächten und es nicht an der Abwanderung liege.

Dabei hat bereits die Prognosstudie zum Schwund der Elterngeneration vor einem Jahr festgestellt, dass die Frauen in den ländlichen Regionen sogar im Durchschnitt etwas mehr Kinder bekommen als die Frauen in den Ballungsregionen. Das Problem liegt laut der Studie aber schlicht und einfach daran, dass die jungen Leute, wenn sie in die Familiengründungsphase kommen, bereits in die Ballungsregionen abgewandert sind, weil in den Heimatregionen Arbeitsplätze, Betreuungsmöglichkeiten und damit Zukunftsperspektiven fehlen.

Wir haben also ein klares Abwanderungsproblem, das politisch angegangen werden kann und muss, mit einer Politik für die ländlichen Regionen aus einem Guss, mit Taten statt wieder nur Worten und Schuldzuweisungen an den Bund! Die SPD hat hier klare Konzepte vorgelegt. Wir erwarten, dass sich diese Vorschläge wie die Schaffung von Regionalbudgets und klaren Standardzusagen für alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, auch in dem lange angekündigten Aktionsprogramm der Staatsregierung wieder finden werden. Ebenso wichtig und notwendig ist die haushalterische Unterlegung der Vorschläge im Nachtragshaushalt 2012."

und
12.12.2011

Gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern sollen Verfassungsrang erhalten

Ländliche Regionen dürfen nicht ausbluten: Sozialdemokraten legen Gesetzentwurf für Verfassungsänderung vor - Schnelles Internet und gute Infrastruktur

Die SPD-Landtagsfraktion will das Ziel, gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern zu schaffen, in die Verfassung aufnehmen und legt einen entsprechenden Gesetzentwurf vor. Seit längerer Zeit ist zu beobachten, dass die Ballungszentren einen Zuwachs verzeichnen, während andere Regionen zum Teil dramatische Verluste durch Abwanderung hinnehmen müssen.

Die SPD setzt sich dafür ein, den Artikel 3 der Verfassung des Freistaates Bayern mit dem Satz "Der Staat sorgt für gleichwertige und gesunde Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen" zu erweitern. Die SPD hält dies für dringend erforderlich, denn: „Die Staatsregierung hat dem ländlichen Raum in den letzten Jahren viel versprochen, aber es wurde zu wenig umgesetzt.“

Die SPD fordert daher eine stärkere Ausrichtung des Finanzausgleichssystems zwischen dem Freistaat und den Gemeinden an den Bedürfnissen der benachteiligten Gebiete. „Wir brauchen eine gezielte Regional- und Strukturpolitik sowie Wirtschaftsförderungs- und Industrieansiedlungspolitik. Wir müssen die Infrastruktur nicht nur erhalten, sondern auch ausbauen, besonders die Breitband-Versorgung, und ein breit gefächertes Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Ausbildungsplätzen und Hochschulen sichern. Auch die flächendeckende Gesundheitsversorgung ist wichtig. Bei allen Maßnahmen sollten wir darauf achten, dass „gesunde“ Lebens- und Arbeitsbedingungen geschaffen werden, die weder dem Einzelnen noch der Gesellschaft und der Umwelt Schaden zufügen.“

In der Begründung des Gesetzentwurfes wird ausgeführt, dass "die ungleiche Entwicklung zwischen den Landesteilen durch den demographischen Wandel noch verschärft" wird. Nach der Bevölkerungsvorausberechnung der Bertelsmann-Stiftung bis zum Jahr 2030 wird es insbesondere in Nordostbayern, aber auch in anderen ländlichen Regionen, immer weniger junge und immer mehr alte Menschen geben. Die junge, gut ausgebildete Generation wird in die Ballungszentren abwandern, die Bevölkerung in ganzen Landesteilen überaltert und schrumpft. Die Folge: Den örtlichen Betrieben fehlen Fachkräfte, aber auch die Absatzmöglichkeiten für ihre Produkte. Auch sie würde letztlich abwandern, wenn sich nichts ändert.

10.11.2011

SPD fordert einheitliche Ganztagschulstandards

Nachmittags-Betreuungslage ist für Eltern nicht akzeptabel

Die SPD fordert mehr verbindliches Engagement in Sachen Ganztagschule vom bayerischen Kultusminister. "In Bayern gibt es viele verschiedene Angebote zur Nachmittagsbetreuung, die sich qualitativ oft stark unterscheiden". Nach Angaben des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) könnten nur vier bis fünf Prozent aller Schülerinnen und Schülern in Bayern eine gebundene Ganztagschule besuchen. "Beim Rest reicht es oft nur zur Betreuung auf niedrigstem Level, die oft noch durch persönlichen Einsatz der Mütter und Väter unterstützt werden muss", beklagt die SPD. "Das ist für die Eltern nicht akzeptabel!"

Die SPD im Bayerischen Landtag fordert daher verbindliche Qualitätsstandards für die Nachmittagsbetreuung. "Oft scheitert eine vernünftige Betreuung an der schlechten finanziellen Ausstattung. Das zeigt wieder einmal den generellen Widerstand der CSU gegen die Idee der Ganztagschule."

und
18.11.2011

Ausbau der Ganztagschulen als Kulissenschieberei

SPD: Gebundene Ganztagschulen dringend ausbauen

Die SPD hält den Ausbau der Ganztagschulen in Bayern für nicht sachgerecht: „Wenn der Minister heute von einer ‚bedarfsgerechten Betreuungskulisse‘ spricht, dann entlarvt er sich selbst. Denn tatsächlich ist der Ausbau der Ganztagschulen nur eine Kulisse, hinter der wenig steckt!“

Die SPD weist darauf hin, dass es nur für fünf Prozent der Schüler ein gebundenes Ganztagsangebot gibt. Der Rest besteht lediglich in diversen Mittags- und Nachmittagsbetreuungen, die in der Regel ohne Lehrer stattfinden. „Was wir unter Ganztagschule verstehen, sieht anders aus“, stellt der SPD-Bildungssprecher fest. Er fordert als Sofortmaßnahme, die gebundenen Ganztagsangebote zu verdoppeln. „Die Frage des Ausbaus der Ganztagschulen ist nicht nur eine Frage der Betreuung, es ist in erster Linie eine Frage der Qualität des Unterrichts. Und da brauchen wir mehr verbindliche Angebote in einer besseren Qualität und mehr zusätzliche Lehrerstunden“, so die SPD.

Die SPD Landtagsfraktion sieht in dem vom Kultusminister gelobten Angebot ein verwirrendes Chaos der Betreuungsangebote. Neben den wenigen (kostenlosen) Ganztagschulen gebe es von den Kommunen getragene Angebote der Mittags- und Nachmittagsbetreuung (kostenpflichtig). Darüber hinaus sei die Ferienbetreuung für berufstätige Eltern eines der größten Probleme, das gelöst werden müsse. "Der Gipfel ist es allerdings, dieses Chaos noch als Erfolg verkaufen zu wollen".

und

15.11.2011

SPD fordert mehr Einsatz für Schüler mit Migrationshintergrund

Projekte sind chronisch unterfinanziert, Ganztagschulen müssen ausgebaut werden

Die SPD-Landtagsfraktion bemängelt den fehlenden Einsatz der Staatsregierung für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. "Die Projekte, die das Kultusministerium zum Thema Integration der Migranten an den Schulen laufen lässt, sind chronisch unterfinanziert". Gemäß einer Studie hat jeder vierte Schüler in Bayern einen Migrationshintergrund - Tendenz steigend. "Seit der Rede von Ministerin Haderthauer im vergangenen Jahr, in der sie lauthals zu mehr Integration aufforderte, ist noch nicht ein Cent in zusätzliche Investitionen auf diesem Gebiet geflossen!"

Die Lehrerinnen und Lehrer seien ohnehin für die sich ergebenden Herausforderungen schlichtweg nicht ausgebildet, so die SPD. "Und um sich in interkulturellen Kompetenzen weiterzubilden, fehlt schlichtweg die Zeit - alleine, weil die Lehrerinnen und Lehrer ja damit beschäftigt sind, Fehlstunden ihrer Kollegen auszugleichen, weil für neue Kräfte angeblich kein Geld da ist." Hinzu komme, so die SPD, dass 95 Prozent aller Schülerinnen und Schüler keine gebundene Ganztagschule besuchen können. "Es ist kaum möglich, die Hürden, die zur gelungenen Integration zu bewältigen sind, an einem halben Tag zu schaffen."

und

12.12.2011

SPD kritisiert Beweihräucherung des Schubladen-Schulsystems

Durchlässigkeit ist nur nach unten vorhanden

Die SPD-Landtagsfraktion kritisiert die Beweihräucherung des dreigliedrigen Schulsystems durch Kultusminister Spaenle scharf. "Das System, von dem der Herr Minister spricht, gießt die Bildungskarrieren der Kinder nach der vierten Klasse in Beton", so die SPD. "Was soll durchlässig sein an einem Schulsystem, in dem mit den Übertrittzeugnissen Kinder mit einem Notendurchschnitt von 2,33 und besser in die Gymnasialschublade, mit 2,66 und besser in die Realschulschublade und alle anderen in die Hauptschulschublade gesteckt werden?"

Im Jahr 2010/2011 sei es nur 63 Hauptschülern gelungen, in die Einführungsklassen der Gymnasien zu wechseln, nur 2,5 Prozent aller Fünftklässler der Realschulen schafften den Sprung an die Gymnasien. "Es ist eine enorme Frustrationstoleranz, die der Minister 10-jährigen Kindern abverlangt. Wir können es uns in Bayern absolut nicht leisten, auch nur ein Talent zu verlieren", erklärt die SPD. Durchlässigkeit ist im bayerischen Schulsystem nur nach unten vorhanden."

11.11.2011

Landtags-SPD präsentiert Gutachten zur Energiewende

Zentrale Rolle der Kommunen und Beteiligung der Bürger nötig - Energiesparen über Abwrackprämie für Brennkessel und Kühlschränke - Gutachten von Fraktion schon vor Fukushima bei TUM-Professor Hamacher in Auftrag gegeben

Die SPD-Landtagsfraktion stellte am 11. November ihr Gutachten zu einem zukünftigen Energieprofil des Freistaates Bayern auf Basis eines maximalen Ausbaus Erneuerbarer Energien vor. Mit der Erarbeitung der Studie wurde bereits vor der Reaktorkatastrophe in Fukushima vom März 2011 Prof. Dr. Thomas Hamacher von der Technischen Universität München (TUM) beauftragt.

Natascha Kohnen, stv. SPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag und Generalsekretärin der BayernSPD, und der energiepolitische Sprecher der Fraktion, Ludwig Wörner, formulierten die zentralen politische Konsequenzen der Studie, die am Freitag in ihren Grundzügen von Prof. Hamacher erläutert wurde. „Die Energiewende kann nur im Miteinander von Politik, Wissenschaft und den Bürgerinnen und Bürgern vernünftig umgesetzt werden“, waren sich Hamacher, Kohnen und Wörner einig.

Eine zentrale Rolle müssten dabei Kommunen spielen, forderten Kohnen und Wörner. Damit die bereits zahlreich existierenden Initiativen vor Ort zu einem effizienten Gesamtkonzept führen, sollen auf Landkreisebene Energieagenturen angesiedelt werden. Als Konsequenz müsse der Freistaat Bayern seinen Nachtragshaushalt entsprechend ausstatten. Kohnen: „Nur so kann aus den vielen Gräsern ein Rasen werden.“ Hierzu sei auch eine Änderung des kommunalen Wirtschaftsrechts notwendig.

Zukunft der bayerischen Stromversorgung im Jahr 2022: Ludwig Wörner, MdL, energiepolitischer Sprecher, Prof. Dr. Thomas Hamacher und Fraktionsvize Natascha Kohnen, MdL, bei der Vorstellung des Energiegutachtens der BayernSPD-Landtagsfraktion. Wörner betonte die dringende Notwendigkeit zusätzlicher Energiespeicher und des Netzausbaus. Um den Ausbau von Speichern zu forcieren, brachte Wörner einen Stetigkeitsanreiz in Form eines Kombikraftwerksbonus im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ins Spiel. Dadurch würde die bedarfsgerechte Einspeisung von regenerativem Strom zusätzlich vergütet werden.

Weiter fordert die SPD-Landtagsfraktion die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Konkrete Anreiz-Programme für Energieeinsparung und -effizienz, wie z.B. eine „Abwrackprämie“ für alte Heizkessel im Austausch gegen regenerative Heizkonzepte;
- Einen umfassenden Förderatlas für Erneuerbare Energien, Energieeinsparung und Energieeffizienz, der stets aktuell sämtliche Förderprogramme von EU, Bund, Freistaat und Kommunen auflistet;
- Aufstockung der finanziellen Mittel für Forschung und Entwicklung in den Bereichen Energiespeicher und Netze;
- Energetische Sanierung öffentlicher Gebäude und Ausweitung der Fördermöglichkeiten für die energetische Sanierung privater Gebäude;
- Initiierung einer Bildungsoffensive, die einen Mentalitätswandel hin zu einem effizienteren und sparsameren Umgang mit Energie herbeiführen soll;
- Ergänzung der Lehrcurricula in allen relevanten Studiengängen (z.B. bei den Ingenieurwissenschaften) um die Thematik der Bürgerbeteiligung.

und
11.12.2011

SPD will einseitige Belastungen beim Strompreis für Privatverbraucher und Kleinbetriebe stoppen

FDP-Minister Zeil verletzt soziale Grundsätze und ruiniert Mittelstand - Durch Abwälzen der Kosten auf Privatverbraucher wird Energiewende torpediert

Durch die von Union und FDP auf Bundesebene beschlossenen weiteren Entlastungen der größten industriellen Stromverbraucher werden Privatverbrauchern und Kleinbetrieben enorme Zusatzkosten aufgebürdet. Für die SPD-Landtagsfraktion ist diese weitere Verlagerung der Stromkosten nicht mehr hinnehmbar: „Es kann nicht sein, dass der Mittelstand und die Privathaushalte die Zeche für den hohen Stromverbrauch der Großindustrie bezahlen müssen“.

Auf Grund einer Ausnahmeregelung im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) werden stromintensive Unternehmen schon bisher stark begünstigt. Allein im Jahr 2011 ist von einer Ersparnis der Großverbraucher von 2,2 Milliarden Euro auszugehen. Laut Bundesumweltministerium könnte die endgültige Zahl sogar noch um einige Hundert Millionen Euro darüber liegen. Durch die Aufweichung der Anspruchsvoraussetzungen für die Ausnahmeregelung zum 1. Januar 2012 wird sich die Zahl der privilegierten Unternehmen nun noch massiv erhöhen. „Den Preis für die weiteren Begünstigungen zahlen die übrigen Stromverbraucher über eine höhere EEG-Umlage 2013.“

Dabei wird laut SPD geflissentlich übersehen, dass Erneuerbare Energien eine preisdämpfende Wirkung an der Leipziger Strombörse haben, da regenerativ erzeugter Strom an windigen oder sonnigen Tagen zunehmend teuren Strom aus fossilen Kraftwerken verdrängt. Davon profitiert vor allem die stromintensive Industrie. Laut einer Studie des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung führt dieser Effekt für die besonders stromintensiven Unternehmen zu Einsparungen, die sogar über der von diesen Unternehmen zu zahlenden EEG-Umlage liegen. Dennoch hatte sich die Bayerische Staatsregierung im Bundesrat für noch viel weitergehende Begünstigungen im EEG für die Industrie stark gemacht. „Mit einer solchen Verlagerung der Stromkosten verletzt Wirtschaftsminister Zeil nicht nur soziale Grundsätze, sondern ruiniert auch den Mittelstand“, so die SPD.

Doch damit nicht genug. Rückwirkend zum 1. Januar 2011 werden die Großverbraucher nun auch noch von sämtlichen Netzentgelten befreit. Auch die Kosten dieser weiteren Ausnahmeregelung haben die übrigen Stromverbraucher zu tragen. SPD: „Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass durch die fortgesetzte Abwälzung der Stromkosten auf Privatverbraucher und Kleinbetriebe die Energiewende bei der Bevölkerung madig gemacht werden soll.“ Die SPD-Landtagsfraktion fordert die Staatsregierung daher in einem Dringlichkeitsantrag auf, der Ausweitung dieser einseitigen Belastungen entgegenzutreten.

14.11.2011
Landtags-SPD schlägt Alarm:

Kommunaler Schuldenanteil in Bayern am höchsten

Die SPD-Landtagsfraktion, schlägt wegen der Kommunalfinanzen in Bayern Alarm. Ein Ländervergleich ergab, dass der kommunale Schuldenanteil mit 28,9 Prozent in Bayern mit deutlichem Abstand am höchsten ist. Für die SPD ist das die Folge einer Haushaltspolitik zu Lasten der Kommunen, die im Freistaat von der CSU über viele Jahre hinweg betrieben worden ist.

Eine konkrete Ursache für die Rekordverschuldung der bayerischen Kommunen ist aus Sicht der SPD die Tatsache, dass die Verbundquote - also der Prozentsatz, mit der Freistaat seine Kommunen an staatlichen Steuereinnahmen beteiligt - in Bayern im Vergleich mit anderen Ländern am niedrigsten ist. Schmitt-Bussinger: „Höchste Verschuldung und niedrigste Verbundquote sind zwei Seiten der selben Medaille.“

Die Daten stammen aus der Antwort der Staatsregierung auf eine aktuelle Anfrage der SPD-Landtagsfraktion, mit der die Höhe der gemeinsamen Verschuldung von Staat und Kommunen in den alten Flächenländern abgefragt wurde. Die Ergebnisse bewertet die SPD als Beleg dafür, dass der Staatshaushalt auf Kosten der Kommunen konsolidiert wird. „Die schwarze Null im Staatshaushalt müssen die Kommunen teuer bezahlen.“

Im Einzelnen ergeben die Daten für die alten Flächenländer folgendes Bild:

Mit einem Anteil von 28,9 Prozent kommunaler Schulden ist Bayern mit deutlichem Abstand Schlusslicht. Spitzenreiter ist das Saarland mit 8,6 Prozent. Aber nicht nur wenn das kleine Saarland, sondern auch wenn „vergleichbare“ Länder betrachtet werden, ist das Ergebnis eindeutig. So haben in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen jeweils Staats- und Kommunalschulden zusammen eine vergleichbare Größenordnung. In Bayern sind es 47,8 Milliarden Euro, in Baden-Württemberg 48,9 Milliarden Euro und in Hessen 43,4 Milliarden Euro. Mit Abstand am höchsten ist der kommunale Schuldenanteil aber in Bayern mit 28,9 Prozent (13,8 Milliarden Euro), dann der kommunale Schuldenanteil in Hessen mit 21,6 Prozent (9,4 Milliarden Euro), schließlich der kommunale Schuldenanteil in Baden-Württemberg mit 12,1 Prozent (5,9 Milliarden Euro).

Das komplette Ranking für die alten Flächenländer lautet:

Tabelle: Schulden von Staat und Kommunen zum 31.12.2009

Land	Schulden zusammen	Anteil der Kommunen
Saarland	11,6 Milliarden Euro	8,6 Prozent
Schleswig-Holstein	27,2 Milliarden Euro	9,7 Prozent
Baden-Württemberg	48,9 Milliarden Euro	12,1 Prozent
Niedersachsen	59,9 Milliarden Euro	12,7 Prozent
Rheinland-Pfalz	32,3 Milliarden Euro	15,4 Prozent
NRW	146,6 Milliarden Euro	15,9 Prozent
Hessen	43,4 Milliarden Euro	21,6 Prozent
Bayern	47,8 Milliarden Euro	28,9 Prozent

Die SPD fordert deshalb von der Staatsregierung und den Fraktionen von CSU und FDP im Hinblick auf den Nachtragshaushalt 2012 einen fairen Umgang mit den Kommunen. „Konsolidierung ja, aber nicht mehr auf dem Rücken der Kommunen.“

Eine wesentliche Ursache für die hohe Verschuldung der bayerischen Kommunen ist für die SPD die im Vergleich mit den alten Flächenländern niedrigste Verbundquote. Über die sogenannte Verbundquote wird der Anteil der Kommunen am Allgemeinen Steuerverbund definiert - also das, was sie von den staatlichen Einnahmen aus Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer und Gewerbesteuerumlage erhalten. Aus diesem Anteil werden im Wesentlichen die Schlüsselzuweisungen, die an die Gemeinden und Landkreise fließen, bezahlt. Mit einer Verbundquote von 12,2 Prozent ist Bayern hier Schlusslicht unter den acht alten Flächenländern. Auf dem vorletzten Platz liegt Niedersachsen mit immerhin schon 15,5 Prozent. In Baden-Württemberg und NRW erreicht die Verbundquote den Spitzenwert von 23 Prozent.

Eine höhere Verbundquote würde dazu führen, dass sowohl mehr Kommunen Schlüsselzuweisungen als auch die einzelnen Kommunen höhere Schlüsselzuweisungen erhalten. Die SPD fordert deshalb eine höhere Verbundquote in Bayern mit der Folge einer Erhöhung der Schlüsselzuweisungen, denn Schlüsselzuweisungen sind nicht zweckgebundene, also für die Kommunen frei verfügbare und deswegen begehrte Mittel. Die kommunalpolitische Sprecherin unterstreicht, dass es in Bayern einen breiten Konsens für das Ziel gibt, dass die Verbundquote auf 15 Prozent erhöht werden muss. „Wenn die Erhöhung aber im Schnecken-tempo der Staatsregierung wie bisher weitergeht, wird dieses Ziel in den nächsten 20 Jahren nicht erreicht, denn 2010 betrug die Erhöhung 0,06 Prozent und im Jahr 2011 waren es 0,2 Prozent.“

Sollte der demographische Wandel bei der Verteilung der Schlüsselzuweisungen stärker berücksichtigt werden, wie das auch die Staatsregierung zur Zeit erörtert, müssen nach Ansicht der SPD allein schon aus diesem Grund die Schlüsselzuweisungen steigen. „Ein Demographie-Zuschlag im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs ist zweckmäßig. Dann muss allerdings mehr Geld in den Topf, aus dem der Zuschlag bezahlt werden soll - denn sonst wären alle anderen Kommunen die Verlierer.“

15.11.2011

Reiseplanung ohne den Wähler: Agrarminister Brunner nimmt potentiellen CSU-Nachrücker bereits als "MdL" in offizieller Delegation mit auf Reise nach Rumänien

Bayerns Landwirtschaftsminister Helmut Brunner (CSU) brach am 15. November zu einer dreitägigen Delegationsreise nach Rumänien auf. Auf Erstaunen stößt dabei bei der SPD-Landtagsfraktion die 25köpfige Teilnehmerliste, findet sich doch darunter ein "MdL Jürgen Ströbel", der aber überhaupt kein Abgeordneter ist. Der derzeitige Milchreferent beim Bauernverband würde allenfalls dann in einigen Wochen in den Landtag nachrücken, wenn der Weißenburger CSU-Abgeordnete Gerhard Wägemann am 20. November in seiner Heimat zum neuen Landrat gewählt wird. "Doch so weit ist es längst nicht", stellt die SPD fest, "das Landwirtschaftsministerium hat hier seine Reiseplanung ohne den Wähler gemacht".

"Spätestens seit der ersten Runde am vergangenen Sonntag zur Landratswahl in Regen, bei der SPD-Kandidat Michael Adam deutlich auf den 1. Platz kam und nun für den Sieg bei der Stichwahl in zwei Wochen kämpft, sollte auch die CSU dazu gelernt haben", meint die SPD. "Es reicht heute einfach nicht mehr überall in Bayern aus, einen schwarzen Pfahl in den Boden zu rammen - vielleicht hätte man in Brunnens Ministerium doch erst das Wählervotum am kommenden Wochenende bei der Landratswahl für Weißenburg-Gunzenhausen abwarten sollen, bevor man einen CSU-Nachrückerkandidaten vorzeitig zum Abgeordneten macht und auf eine Delegationsreise des Ministers mitnimmt."

Die SPD weist auch darauf hin, dass es in Weißenburg-Gunzenhausen mit Uwe Döbler auch einen seriösen und äußerst respektablen SPD-Landratskandidaten gibt, der die Menschen zusammenführt und verbindet und der mit guten Aussichten in die Landratswahl geht.

21.11.2011

Integration und Willkommenskultur: CSU soll ihren Ankündigungen endlich Taten folgen lassen

Zum Beschluss der Zukunftskommission: SPD hat bereits im Februar Integrationsgesetz vorgelegt

Die SPD-Landtagsfraktion fordert die CSU auf, ihrem heute vorgestellten Integrationspapier konkrete Taten folgen zu lassen: „Wir fragen uns, wann die CSU endlich ein Integrationsgesetz vorlegen wird. Immerhin hat die Zukunftskommission der CSU nun endlich klargestellt, dass Bayern ein solches Gesetz dringend braucht, damit ein verbindlicher Rahmen der Integrationspolitik des Freistaates festgelegt werde“, so die SPD. Die Landtagsfraktion hat bereits im Februar 2011 einen Gesetzentwurf sowie eine Verfassungsänderung in den Bayerischen Landtag eingebracht.

Der Beschluss der Zukunftskommission ist aus Sicht der Migrationssprecherin kein großer Wurf: „Das Papier ist provinziell, einfarbig und rückständig“, stellt sie fest und fügt hinzu: „Es wird sich zudem an den finanziellen Mitteln, die für Integration in den Nachtragshaushalt eingestellt werden, messen müssen.“

Die Abgeordnete hält eine Willkommenskultur, wie sie in dem Integrationspapier angestrebt wird, für überfällig. Noch vor einem Jahr habe die CSU in ihrem 7-Punkte-Integrationsplan darauf beharrt, Deutschland sei kein Einwanderungsland und Fachkräftemangel sei kein Freibrief für ungesteuerte Zuwanderung. Die SPD freut sich über die Lernfähigkeit der CSU, wenn sie heute immerhin anerkenne, dass Bayern „aufgrund des sich abzeichnenden Fachkräftemangels eine zielgerichtete Zuwanderung“ brauche, damit das Land nicht seine Zukunftsfähigkeit verliere.

Konkret sind in Bayern schon 2008 13.300 Ingenieursstellen unbesetzt geblieben. Wegen des Ingenieurmangels sind der heimischen Wirtschaft 2009 rund drei Milliarden Euro an Wertschöpfung entgangen. „Hier dürfen wir nicht weiter wertvolle Zeit vergeuden“, so die SPD. „Wir brauchen die Zuwanderung von Qualifizierten und Hochqualifizierten – und es ist unerheblich, aus welchem Kulturkreis sie kommen! Schon heute zieht es mehr Hochqualifizierte in die USA, Kanada und Australien als nach Deutschland!“

Kritisch bewertet die SPD aber die Einschätzung der CSU, „das Thema Integration spalte die Gesellschaft.“ Dies tue vielmehr die CSU mit dem Schüren von Ängsten vor einer angeblich übermäßigen Zuwanderung in die Sozialsysteme, die es zu verhindern gelte. Sie empfiehlt der CSU einen Blick auf die konkreten Zahlen: 2008 zogen rund 132.000 Menschen mit Migrationshintergrund aus Bayern weg und nur rund 120.000 kamen in den Freistaat. Das ist ein Minus von 12.000. Laut Angaben des Statistischen Bundesamts sind im Jahr 2008 aber sogar mehr türkische Staatsangehörige aus Deutschland abgewandert als zugewandert: 34.000 gingen und nur 26.600 kamen. „Wir werden hier nicht überrannt, sondern wir müssen aufpassen, dass die hoch Qualifizierten uns nicht verlassen“, stellt die SPD fest. Auch die Forderung nach mehr Sanktionsmöglichkeiten gegenüber sogenannten Integrationsverweigern entbehrt nach Zacharias jeder Grundlage. Tatsächlich sei die Abbrecherquote bei den Deutschkursen sehr gering und die Warteschlangen für Sprachkurse im ländlichen Raum am längsten. Aktuell nehmen in Bayern 140.000 Menschen an rund 16.000 Integrationskursen teil. Weitere 9.000 Personen, die freiwillig an den Kursen teilnehmen wollen, warten zurzeit auf eine Teilnahme

22.11.2011

SPD fordert mehr Hilfe für Gewaltopfer

Geplante Helpline muss durch wohnortnahe Betreuung ergänzt werden - Gesetzesänderungen zugunsten der Opfer sind dringend nötig

Zum Internationalen Protesttag gegen Gewalt an Frauen am 25. November fordert die SPD-Landtagsfraktion den Ausbau des für 2012 geplanten bundesweiten Notrufes für Gewaltopfer.

"Gewalt gegen Frauen ist leider kein Randproblem", so die SPD. "Frauennotrufe und -häuser werden auch in den kommenden Jahren dringend benötigt!" Im Rahmen eines Fachgesprächs am 21. November konnte die Problematik der Hilfsangebote schnell herauskristallisiert werden: Nicht allein das Angebot eines Telefonnotrufes, sondern auch anschließende wohnortnahe Betreuung sind essenziell bei der Unterstützung von Gewaltopfern.

"Darüber hinaus muss die Gesetzeslage dahingehend verändert werden, dass medizinische Beweissicherung auch ohne sofortige Anzeige ermöglicht und finanziert werden kann", so die SPD. Die derzeitige Praxis der polizeilichen Spurensicherung lässt ein Nachdenken der Opfer über eine Anzeige nicht zu.

23.11.2011

SPD: Zeils und Seehofers Kritik an E.ON scheinheilig

SPD-Fraktionsvorsitzender Markus Rinderspacher wirft angesichts des drohenden Endes des Münchner E.ON-Standorts der Staatsregierung Versäumnisse vor

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Markus Rinderspacher übt heftige Kritik am Vorgehen der bayerischen Staatsregierung in Sachen Stellenabbau beim Energiekonzern E.ON in München. "Noch vor Monaten machte Zeil reflexhaft den Weg für Stellenstreichungen frei und propagierte demonstrativen Respekt vor der unternehmerischen Entscheidung, jetzt hinkt er den vollendeten Tatsachen hinterher", so Rinderspacher. Mit einer Politik des nachträglichen Vortäuschens von Regierungshandeln sei den Beschäftigten bei E.ON nicht geholfen, so Rinderspacher. Der Landtags-Fraktionschef hält dem Wirtschaftsminister vor, er habe sich bislang mit fadenscheinigen Versprechungen der E.ON-Konzernspitze über Investitionen am Standort Bayern abspeisen lassen wie früher seine CSU-Vorgänger: "Zeils jetzige Appelle und Krokodilstränen sind hilflos und in Anbetracht seiner ursprünglichen Verteidigung der Konzernentscheidung ein Stück weit unehrlich."

Rinderspacher erinnert die CSU, sie habe es bei der Privatisierung der Bayernwerke unterlassen, auf eine verbindliche und vertraglich zugesicherte Standort- und Arbeitsplatzgarantie zu pochen. „Wenn Seehofer jetzt ruft: 'Haltet den Dieb!', lenkt er vom eigenen Vergehen ab“, so der SPD-Politiker. Der Verlust von Arbeitsplätzen, Wertschöpfung und Steuereinnahmen in Bayern trage mit der Privatisierung der Bayernwerke eine unverkennbar christlich-soziale Handschrift. "Das Licht geht aus, am Schalter knipste die CSU." Von den bisher rund 2.500 Jobs in der bayerischen Hauptstadt sollen bis zu 1.500 Stellen verloren gehen.

Diese Politik trifft jetzt vor allem viele der älteren Arbeitnehmer aus der Bayernwerke-Zeit, die stark im Traditionsstandort München verwurzelt sind und denen ein Umzug nach Nordrhein-Westfalen nicht mehr zugemutet werden kann. Das Know-How der Beschäftigten gehe bei der Energiewende in Bayern verloren, "einer Energiewende, der sich Staatsregierung und E.ON bis vor kurzem im Gleichklang konsequent verweigerten", wie Rinderspacher betont.

Die Staatsregierung müsse statt Presseverlautbarungen nun unverzüglich Gespräche mit der Geschäftsleitung zur Rettung von Arbeitsplätzen aufnehmen, um alle möglichen Maßnahmen landespolitischer Unterstützung zum Erhalt des Standortes auszuschöpfen.

23.11.2011

Tiermehl dauerhaft aus der Fütterung verbannen

SPD setzt sich mit Dringlichkeitsantrag im Landwirtschaftsausschuss durch

Die SPD-Landtagsfraktion setzte sich heute im Landwirtschaftsausschuss mit der Forderung durch, am Verbot der Tiermehlverfütterung festzuhalten. CSU und FDP wollten dieses aufheben. In einem Dringlichkeitsantrag forderte die SPD die Staatsregierung auf, sich im Bund und in Europa für das Anliegen einzusetzen.

Die SPD begründete dies damit, dass bei einer Zulassung von Tiermehl in der Schweine- und Hühnerfütterung eine Vermischung mit Rinderfutter keineswegs ausgeschlossen werden könne. „Die BSE-Krise sollte uns eine Lehre sein“.

Auf europäischer Ebene wurde von CSU und FDP die erneute Zulassung von Tiermehl in der Fütterung von Schweinen und Hühnern vorangetrieben. Noch im März hatte sich die CSU-Landtagsabgeordnete Annemarie Biechl bei der Vorstellung der Eiweißstrategie, mit der die Abhängigkeit vom Import von Soja verringert werden sollte, für die Verfütterung von Tiermehl ausgesprochen. Die SPD verweist auf ihre Gespräche mit Landwirten, die selbst die Verwendung von Tiermehl ablehnen. „Niemand konnte die Haltung der CSU und der FDP in dieser Frage nachvollziehen.“

Die geplante Zulassung des Tiermehls hätte lediglich maximal zwei Prozent des gesamten Sojabedarfs ersetzt, was circa zwei Schiffsladungen entspricht. Weiterhin werden derzeit fast alle in Frage kommenden Schlachtnebenprodukte im Heimtierbedarf, beziehungsweise in der Biospritproduktion verwertet.

Die CSU vollzog auf Druck der SPD in der betreffenden Agrarausschusssitzung eine überraschende Kehrtwende gegenüber ihren Aussagen im März diesen Jahres. „Wir sind froh, dass die Staatsregierung der SPD in diesem Punkt gefolgt ist. Eine Zulassung angesichts des großen Risikos für die bayerischen Bäuerinnen und Bauern sowie der geringen Menge an ersetzbarem Soja wäre Wahnsinn gewesen“.

24.11.2011

SPD fordert bessere Ausstattung der Feuerweherschulen

"25 zusätzliche Stellen lösen das Personalproblem nicht!"

Die SPD-Landtagsfraktion kritisiert anlässlich der Antragsberatung im Landtag die unbefriedigende Situation der Feuerweherschulen und wirft der Staatsregierung Untätigkeit vor. "Die Zustände an den Feuerweherschulen sind untragbar: zu wenig Personal, schlechte Bezahlung und unzureichende Lehrgangsangebote", so die SPD. Die nun von Innenminister Herrmann angekündigten 25 neuen Stellen hält die SPD für nicht ausreichend: "25 Stellen lösen das Personalproblem nicht." Überdies sei die Kehrtwende der Regierung sehr überraschend: "Immer und immer wieder haben wir die Situation angeprangert; unsere Anträge wurden alle abgelehnt."

Die Staatlichen Feuerweherschulen in Würzburg, Regensburg und Geretsried klagten, dass das Material, das die Feuerwehrleute nach der Ausbildung in ihren Heimatfeuerwehren verwenden, oft viel moderner sei, als das Material, mit dem sie an den Feuerweherschulen angelemt werden. „Sowas ist doch ein schlechter Witz“, kritisiert die SPD. „Am meisten ärgert uns, dass diese Notlage völlig unnötig ist: Geld wäre ja da“, so die SPD. Letztes Jahr hatte eine Schriftliche Anfrage an die Staatsregierung aufgedeckt, dass aus den Mitteln der Feuerschutzsteuer bis 2009 27,77 Millionen Euro nicht an die Feuerwehren und Feuerweherschulen weitergegeben wurden. Entgegen den Ankündigungen des Innenministeriums wurde der Überschuss nicht geringer, sondern wuchs bis Ende 2010 auf 35,3 Millionen Euro an. Das musste der Innenminister auf Anfrage mitteilen. „Die Feuerwehren in Bayern haben ein Recht auf das Geld. Herr Herrmann kann sich darauf verlassen, dass ich hier weiterhin nachhaken werde.“

25.11.2011

SPD fordert angesichts drohender manroland-Insolvenz eine aktivere Industriepolitik

Rettung der Arbeitsplätze muss jetzt im Vordergrund stehen

Die SPD-Landtagsfraktion ist entsetzt angesichts der sich abzeichnenden Insolvenz des Druckmaschinenherstellers manroland. "In erster Linie verantwortlich sind an dieser Stelle die Altgesellschafter MAN und Allianz", so die SPD. "Aber auch der Freistaat Bayern muss nun durch eine aktivere Industriepolitik dafür Sorge tragen, dass möglichst viele der sechseinhalbtausend Arbeitsplätze, davon rund zweieinhalbtausend in Augsburg, gerettet werden können."

Die drei führenden Hersteller von Druckmaschinen, die Heidelberger Druckmaschinen AG, Koenig und Bauer und manroland müssten gemeinsam mit der Politik dafür sorgen, dass die hochqualifizierten Arbeitskräfte nicht verloren gingen, sondern im Interesse der weltweiten Vorreiterstellung in Deutschland aktiv erhalten bleiben, erklärt die SPD. "Wir haben Herrn Seehofer und Herrn Zeil eingeladen, sich in Augsburg vor Ort selbst ein Bild zu machen. Im Gespräch mit den Gesellschaftern von manroland, den Arbeitnehmern und Vertretern der Kommunalpolitik muss über das weitere Vorgehen beraten werden."

30.11.2011

Neuer Konzertsaal: Minister Heubisch missachtet Beschlüsse des Kulturausschusses

Abgeordnete von SPD, Freien Wählern und Grüne fordern Bericht des Ministers

Die SPD-Landtagsfraktion fordert gemeinsam mit den Freien Wählern und den Grünen einen Bericht des Wissenschaftsministers Heubisch in Bezug auf den Bau des neuen Konzertsaals. "Wir sind empört, dass die Planung des Ministers, den Konzertsaal auf die Museumsinsel bauen zu lassen, völlig am Kulturausschuss vorbei ging", erklärt die SPD.

"Der Minister weiß ganz genau, dass er die Zustimmung aller Fraktionen braucht, um das mehrere 100 Millionen Euro schwere Projekt durchsetzen zu können". Man frage sich, ob Heubisch den Ausschuss genauso übergehe, wie der Wissenschaftsminister selbst kürzlich bei der Planung des Museums für Bayerische Geschichte von Ministerpräsident Seehofer übergangen worden sei.

"Es kann nicht sein, dass die CSU-FDP-Regierung ständig meint, den Landtag in ihren Entscheidungen ignorieren zu können. So ein Verhalten lassen wir uns nicht bieten. Daher verlangen wir in der nächsten Woche einen ausführlichen Bericht im Ausschuss über die Planung des Konzertsaals."

06.12.2011

Staat verschenkt Millionen Euro: Rechnungshof bekräftigt SPD-Kritik an skandalösem Steuervollzug

Die SPD sieht sich durch den nun vorgelegten Bericht des Bayerischen Obersten Rechnungshofs (ORH) in seiner Kritik an der Staatsregierung bestätigt. Dies trifft besonders auf den mangelhaften Steuervollzug, den Umgang mit dem Debakel bei der BayernLB, die veraltete Konzeption der staatlichen Museumslandschaft sowie auf die überhöhten Gehälter bei der Landeszentrale für Neue Medien (BLM) zu.

Mangelhafter Steuervollzug in Bayern:

Nach Meinung der SPD ist der mangelnde Steuervollzug in Bayern mittlerweile ein handfester Skandal: Bei der betriebsnahen Veranlagung beträgt der Personalmangel 43,5 Prozent oder 236 Prüfer, denn von 542 erforderlichen Stellen sind nur 306 besetzt. Bei der Umsatzsteuerprüfung fehlen gegenüber dem Personalbedarf von vorgesehenen 425 Vollzeitkräften 185 Umsatzsteuerprüfer, das ist ein Defizit von ebenfalls 43,5 Prozent. Ähnlich desolat sieht die Stellenbesetzung bei den Steuerfahndern aus. Bei einem Personalbedarf von 529 Stellen fehlen 193 Fahnder, das ist eine Unterbesetzung von 36,5 Prozent.

Laut ORH-Angaben erzielt ein Prüfer bei der betriebsnahen Veranlagungen ein Mehrergebnis von 420 000 Euro. Bei einem durchschnittlichen Mehrergebnis – nach Zahlen der Staatsregierung - pro Steuerfahnder von 740 000 Euro und 1,2 Millionen Euro pro Umsatzsteuerprüfer ergibt sich durch die Unterbesetzung in den genannten drei Bereichen ein jährlicher Steuerausfall in Höhe von 460 Millionen Euro.

SPD: „Es ist nicht länger akzeptabel, dass Jahr für Jahr hunderte Millionen Steuereinnahmen verschenkt werden. Ich fordere die Staatsregierung auf, im Nachtragshaushalt 2012 spürbar die Ausbildungs- und Einstellungszahlen in der Steuerverwaltung zu erhöhen. Für einen umfassenden und gerechten Steuervollzug und für solide Staatsfinanzen sollte der Finanzminister endlich den Vorschlägen der SPD folgen.“

Angesichts der vom ORH bezifferten Unterbesetzung von 614 Stellen in den genannten drei Bereichen der Steuerverwaltung erinnert Halbleib an die Forderung der SPD, in den genannten Bereichen im Doppelhaushalt 500 neue Stellen zu schaffen. „Wir hoffen, der neue Finanzminister wacht im Gegensatz zu seinen Vorgängern endlich auf und stellt spürbar mehr Personal ein.“

Museumspolitik: Bankrotterklärung des Kunstministers

Ein denkbar schlechtes Zeugnis stellt der Oberste Rechnungshof auch Wissenschaftsminister Dr. Wolfgang Heubisch (FDP) sowie seinem Vorgänger Dr. Thomas Goppel (CSU) für massive Defizite in der Kulturpolitik aus. Trotz früherer Kritik des Rechnungshofes und verbindlicher Zusagen der Staatsregierung habe sich die Situation der kleineren staatlichen Museen in Bayern gegenüber der Prüfung 2002 nochmals deutlich verschlechtert. „Wenn der Rechnungshof von weitgehender Vernachlässigung, ungenügender Betreuung und völlig überalterten Konzeptionen in der staatlichen Museumslandschaft in Bayern spricht, dann ist das zugleich eine Bankrotterklärung für die Museumspolitik der Staatsregierung Bayern“, bilanziert die SPD.

SPD-Kritik an unverschämten Gehältern bei der Landeszentrale für neue Medien (BLM) bestätigt

Mit Genugtuung stellt die SPD fest, dass der Rechnungshof die seit Jahren geäußerte Kritik der SPD-Landtagsfraktion an den deutlich zu hohen Gehältern auf der Leitungsebene der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) teilt. „Wir unterstützen die Forderung des Rechnungshofs, die Vergütungen auf eine Ebene zurückzuführen, die im Rahmen des öffentlichen Dienstes noch vertretbar und für eine Einrichtung mit ein paar Dutzend Mitarbeitern angemessen ist.“ Zwar ist es gelungen, die Dotierung für den BLM-Präsidenten nach der Neubesetzung in diesem Jahr von einem Jahresgehalt von unverschämten 300.000 Euro auf 220.000 zu drücken, aber nach wie vor ist es nach Halbleibs Auffassung nicht hinnehmbar, dass fast zwei Prozent der Einnahmen der BLM über die Rundfunkgebühr (ca. 22 Millionen Euro) auf die Gehälter von zwei Personen entfallen, den BLM-Präsidenten und den BLM-Geschäftsführer.

und

08.12.2011

SPD fordert von Seehofer Entschuldigung beim Rechnungshof-Präsidenten

'Getroffene Hunde bellen' - Brüskierender Umgang der Staatsregierung mit ORH, der in Bayerischer Verfassung eine wichtige Stellung einnimmt, ist nicht in Ordnung

"Getroffene Hunde bellen" - mit diesen Worten kommentiert die SPD-Landtagsfraktion die harsche Kritik der Staatsregierung an den Feststellungen des Bayerischen Obersten Rechnungshofes (ORH) zum Finanzgebaren des Freistaates. Der ORH habe „offensichtlich den wunden Punkt der CSU/FDP-Staatsregierung getroffen, die die Haushaltspolitik immer mehr als politische Marketingaktion versteht. Die bunten Seifenblasen, die die Staatsregierung bei der Haushaltsklausur in St. Quirin aufsteigen liess, haben die obersten Rechnungsprüfer nun zum Platzen gebracht.“

Die SPD fordert von Regierungschef Seehofer eine Entschuldigung der Staatsregierung bei ORH-Präsident Fischer-Heidberger: „Man kann sich immer über seine fachlichen Bewertungen streiten; aber der respektlose und brüskierende Umgang mit dem Rechnungshof, der in der Bayerischen Verfassung eine wichtige Stellung einnimmt, ist nicht in Ordnung.“

In der Sache erneuert die SPD ihre Kritik am Haushaltsgebaren der Staatsregierung. „Die angekündigte Schuldentilgung in Höhe von 250 Millionen Euro im Jahr 2011 ist ein großer Bluff, da in der gleichen Höhe der gesetzlichen Verpflichtung für Versorgungsfonds und Versorgungsrücklage nicht nachgekommen wird.“ Die ausbleibenden Zahlungen in Versorgungsfonds und in Versorgungsrücklage betragen in diesem Jahr 253 Millionen Euro, im Jahr 2012 sogar 310 Millionen Euro. „Unterm Strich werden die Verpflichtungen des Freistaats ansteigen, von Schuldentilgung kann keine Rede sein“, stellt die SPD fest.

07.12.2011

SPD will hauptamtliche Behindertenbeauftragte

Sozialausschuss hat die Chance, dafür sorgen, dass höchst anspruchsvolle Aufgabe nicht mehr ehrenamtlich erfüllt werden muss

Die SPD fordert die Mitglieder des Sozialausschusses auf, in ihrer Sitzung am 8. Dezember für die Hauptamtlichkeit der bayerischen Behindertenbeauftragten zu votieren. "Schluss mit den schönen Sonntagsreden und Absichtserklärungen!", so die SPD. "Die Stelle der bayerischen Behindertenbeauftragten hat für die Politik für Menschen mit Behinderungen und die Umsetzung der UN-Konvention eine zu wichtige zentrale Funktion, als das sie weiterhin ehrenamtlich ausgeführt werden könnte." Deshalb fordert die SPD in einem Gesetzentwurf eine Neufassung des Bayerischen Behindertengleichstellungsgesetzes, in dem für die Person des Gleichstellungsbeauftragten eine hauptamtliche Stelle geschaffen wird.

Der Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung, der für die Belange der Menschen mit Behinderungen zuständig ist, ist bislang ehrenamtlich tätig und erhält nur eine Aufwandsentschädigung. Die Kompetenz zur Berufung der Behindertenbeauftragten soll laut Gesetzentwurf in Zukunft auch vom Ministerpräsidenten auf den Landtag übergehen und die Position stärker auf die Umsetzung der UN-Konvention ausgerichtet sein.

"Frau Badura, die als derzeitige Behindertenbeauftragte eine hervorragende Arbeit leistet, braucht die besten Voraussetzungen, um die Aufgaben, die sich stellen, bewältigen zu können", so die SPD abschließend. "Insbesondere im Hinblick auf die eigentliche Herkulesaufgabe: Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention."

17.11.2011

Neue Probleme bei der BayernLB: Aures schreibt an Finanzminister Söder

SPD verlangt vom Finanzminister Auskunft über Herabstufung und Verluste - Rückzahlung der Staatsgelder gefährdet

Neue Schreckensmeldungen von der Bayerischen Landesbank werfen Fragen auf: Die Herabstufung im Rating um 3 Stufen von A1 auf Baa1, schwere Verluste bei der ungarischen Banktochter MKB und rote Zahlen im 3. Quartal 2011 sind dringend erklärungsbedürftig: die SPD fordert von Finanzminister Markus Söder Aufklärung: „Offensichtlich wurden private Hauslebauer und auch Kommunen in Ungarn mit hochriskanten Finanzprodukten so sehr in Existenznöte gebracht, dass sich die ungarische Regierung zu einem Rettungsgesetz getrieben sieht. Wir wollen jetzt wissen, wer auf die Idee kam, derartige Finanzkonstrukte überhaupt anzubieten. Außerdem wollen wir Aufklärung, welche Maßnahmen die BayernLB, und vor allem das Überwachungsgremium, eingeleitet hat, seit sie wissen, dass es bei der MKB Schwierigkeiten gibt.“

Die SPD weiter: „Ausflüge auf den Balkan haben den bayerischen Steuerzahler schon einmal viele Milliarden Euro gekostet.“ Damit erinnert sie an 3,75 Milliarden Euro Verluste aus dem Kauf der Hypo Alpe Adria, die Ende 2009 für einen Euro an Österreich zurückgegeben wurde. „Jetzt kommen wieder hunderte Millionen Verluste auf uns zu und ich sehe die Rückzahlungen der BayernLB an den Freistaat Bayern gefährdet. Die BayernLB ist ein Fass ohne Boden.“

Dieses erneute Finanzdebakel der Landesbank zeigt deutlich, dass die CSU/FDP-Staatsregierung, die eigentlich die Bank kontrollieren sollte, keinerlei wirtschaftliche Kompetenz besitzt. Im Brief an Finanzminister Markus Söder fordert die SPD schnelle und detaillierte Aufklärung:

- warum wurde die Landesbank durch „Moody's“ so radikal herabgestuft,
- warum gibt es erneute Millionenverluste bei der ausländischen Tochter MKB,
- welche Risiken schlummern noch in den Büchern, z. B. italienische Staatsanleihen?

„Fahrenschon hat sich rechtzeitig und elegant in den Schoß der Sparkassen abgesetzt. Man darf gespannt sein, wie sein Nachfolger gedenkt, den Laden in den Griff zu kriegen“ so die SPD.

und

01.12.2011

BayernLB und Sparkassen: Fuhr Finanzminister Fahrenschon zweigleisig?

Schriftliche Anfrage der SPD soll möglichen Interessenkonflikt Fahrenschons klären

Die SPD-Landtagsfraktion will die Rolle des früheren Finanzministers und neuen Deutschen Sparkassenpräsidenten Georg Fahrenschon im EU-Beihilfverfahren für die BayernLB näher beleuchten: Geklärt werden soll, ob es eine Kollision der Interessen des Freistaats mit denen des Sparkassenverbandes gegeben hat. „Möglicherweise hat Fahrenschon bereits Vorstellungsgespräche mit dem Sparkassenverband geführt, während er gleichzeitig Verhandlungsführer für das EU-Beihilfverfahren für die Landesbank war“, stellt die SPD fest.

Im Zentrum einer Schriftlichen Anfrage steht die Frage: „Wie erklärt es sich, dass erstmals konkrete Forderungen an die bayerischen Sparkassen, einen lange überfälligen Sanierungsbeitrag im Falle der BayernLB zu leisten, aus der bayerischen Staatsregierung verlauten, nachdem die Wahl Georg Fahrenschons zum Deutschen Sparkassenpräsidenten vollzogen ist?“ Bekanntlich hatte der neue Finanzminister Söder gleich angekündigt, die Sparkassen an der Rückzahlung der staatlichen Notkredite erheblich beteiligen zu wollen.

Es sei auffällig, dass die bayerischen Sparkassen während der Amtszeit von Finanzminister Fahrenschoen aus der Restrukturierung der BayernLB herausgehalten wurden. „Dieser Sachverhalt erscheint nun nach der Wahl zum Deutschen Sparkassenpräsidenten in einem neuen Licht“, stellt die SPD fest.

Die SPD will wissen, welche Ämter Fahrenschoen vor oder während seiner Zeit als bayerischer Finanzminister in Gremien der Sparkassenorganisation bekleidete und an welchen Sitzungen er teilnahm. Weiter möchte die SPD erfahren, wann und wem er erstmals seine Absicht mitteilte, für das Amt des Deutschen Sparkassenpräsidenten kandidieren zu wollen. Für auffällig hält die SPD zudem, dass der Finanzminister bei der Aufarbeitung der BayernLB-Affäre Haftungsfragen gegenüber Vorständen oder Geschäftsleitern der Sparkassen nicht geprüft hat.

und
07.12.2011

BayernLB: Herrmann muss Aufsicht wahrnehmen

SPD: Innenminister darf Verwaltungsratssitzungen nicht ferbleiben - Klare Aussage gegenüber dem Landtag gefordert

Die SPD hält die kontinuierliche Abstinenz von Innenminister Joachim Herrmann vom Verwaltungsrat der Landesbank für untragbar. „Der Minister ist Kraft Amtes Mitglied im BayernLB-Verwaltungsrat und hat dort seine Pflichten zu erfüllen. Er kann sich seine Arbeitsbereiche nicht nach Belieben einteilen.“ Die SPD fordert eine klare Aussage gegenüber dem Landtag und nicht nur über die Medien zu den Gründen seines Fernbleibens. Aus seiner Pflicht will die SPD den Minister keinesfalls entlassen: „Wir bestehen auf einer Teilnahme von Joachim Herrmann an den Sitzungen des Verwaltungsrates der BayernLB“, so die SPD. Wenn er dies nicht wolle, müsse er die gesetzlichen Grundlagen ändern lassen.

13.11.2011

Rechtsextreme Terrorserie:

SPD fordert Bericht im Landtag - Rinderspacher: Was wussten die Behörden im Freistaat?

SPD-Landtagsfraktionschef Markus Rinderspacher fordert von Bayerns Innenminister Herrmann (CSU) einen umfassenden Bericht im Landtag zum rechtsextremen Gewaltterror der Gruppierung "Nationalsozialistischer Untergrund". Das für das Landesamt für Verfassungsschutz zuständige Parlamentarische Kontrollgremium des Bayerischen Landtags müsse zudem zu einer Sondersitzung zusammengerufen werden. "Was wussten die Behörden im Freistaat?", fragt der SPD-Politiker und fordert eine Generalüberprüfung aller Maßnahmen im Kampf gegen Neonazis.

Ob Fehler seitens des Verfassungsschutzes oder anderer Behörden gemacht worden seien, könne er derzeit nicht beurteilen, hatte Innenminister Herrmann am Wochenende gegenüber Medien eingeräumt. "Es wirft eine Reihe von Fragen auf, wenn Nazi-Terroristen ein Jahrzehnt lang eine blutige Spur der Gewalt legen und die Morde erst durch Zufall aufgedeckt werden", betont Rinderspacher. Der SPD-Politiker weist darauf hin, dass die meisten Döner-Morde im Freistaat Bayern begangen wurden. Innenminister Herrmanns "lapidare Verweise, der Freistaat gehöre zu den am wenigsten mit rechtsextremistischer Gewalt belasteten Ländern in Deutschland" wirkten "angesichts der abscheulichen Döner-Morde in Bayern aktuell geradezu zynisch".

Rinderspacher begrüßt zwar, dass Herrmann die Nürnberger Sonderkommission zur Aufklärung der Döner-Morde personell aufstocken will. "Es steht jedoch die Frage im Raum, ob die Sonderkommission nicht bereits viel früher besserer Ressourcen für ihre Ermittlungen bedurft hätte. Eine Personalaufstockung im Nachgang dient in erster Linie dem nachträglichen Placebo-Handlungsnachweis des Innenministers", so Rinderspacher.

Rinderspacher hält zudem ein erneutes Verbotverfahren gegen die NPD für notwendig. Die Landtags-SPD habe im Maximilianeum bereits im vergangenen Jahr mit Zustimmung der anderen Fraktionen ein solches Verfahren beantragt (Drucksache 16/5461 vom 9.7.2010, Beschluss des Plenums 16/7257 vom 10.2.2011). Man dürfe nicht zulassen, dass die NPD mit Steuergeldern "fremden- und demokratiefeindlichen Terror" organisiere.

Am Freitag hatte die Bundesanwaltschaft bekannt gegeben, dass die Morde an einer Heilbronner Polizistin im April 2007 und die sogenannten Döner-Morde an acht türkischstämmigen Männern und einem Griechen in den Jahren 2000 bis 2006 auf das Konto der rechtsextremistischen Gruppierung "Nationalsozialistischer Untergrund" gehen.

und
15.11.2011

SPD kontert Bundesinnenminister Friedrich:

Abzug von V-Leuten aus NPD-Führungsebene für Verbotverfahren nicht zwingend entscheidend

Die SPD-Landtagsfraktion kann die Skepsis von Bundesinnenminister Friedrich (CSU) bezüglich eines NPD-Verbots und dessen Begründung, dass dann die V-Leute aus der NPD abgezogen werden müssten, nicht nachvollziehen. "Wir verstehen nicht, warum der Bundesinnenminister den Forderungen seines bayerischen Kollegen Herrmann nicht folgt".

"Immer wieder wurde von verschiedenen Seiten ausführlich dargelegt, dass ein NPD-Verbot ohne die Erkenntnisse von V-Leuten begründet und durchgesetzt werden kann. Es gibt genug Aussagen und Beweise, die ohne Hintergrundinformationen belegen, dass die NPD eine rechtsextremistische Partei ist, die den demokratischen Verfassungsstaat ablehnt und abschaffen möchte. Deshalb ist die

Frage, ob die V-Leute in der Führungsebene zurückgezogen werden müssen, für die Einleitung eines NPD-Verbotsverfahrens nicht zwingend entscheidend", so die SPD.

"Natürlich muss jedem klar sein, dass durch ein Verbot der NPD nicht alle Probleme mit Rechtsextremisten und Neonazis gelöst sind und der Kampf für unsere Demokratie auf allen Ebenen weitergehen muss. Dazu braucht es des Weiteren eine Aufstockung der Bundes- und Ländermittel im Kampf gegen Rechtsextremismus, was von der SPD immer wieder gefordert wurde. Gerade zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich der Aufklärungsarbeit widmen, das Thema Neonazismus immer wieder in den Fokus rücken und junge wie alte Menschen sensibilisieren, sind wichtig und müssen nachhaltig unterstützt werden."

"Ein Verbot der NPD bedingt natürlich unweigerlich eine Auseinandersetzung mit diesen Themen. Aufklärung und Präventionsarbeit sind wichtige Pfeiler, damit unsere Gesellschaft sich mit dem Problem des Rechtsextremismus auseinandersetzt", so die SPD.

und
22.11.2011

Rinderspacher begrüßt Erklärung Herrmanns zum Rechtsextremismus vor Plenum des Landtags - SPD macht Naziterror zum Thema in Aktueller Stunde

SPD-Landtagsfraktionschef Markus Rinderspacher begrüßt es, dass Bayerns Innenminister Joachim Herrmann am Donnerstag (24. November) zu Beginn der Plenarsitzung vor den Abgeordneten des Bayerischen Landtags eine Erklärung zum Sachstand im Zusammenhang mit den Festnahmen von rechtsterroristischen Tätern in Thüringen und Sachsen und zur Bekämpfung des Rechtsextremismus abgeben wird. „Es erscheint mir dringend geboten, dass der Minister sich angesichts der in den letzten Tagen bekanntgewordenen Fälle vor den Landesparlamentariern zu dieser brisanten Thematik äußert“, stellt Rinderspacher fest. Die Fraktionsführung der Landtags-SPD hatte bereits am Dienstagvormittag beschlossen, diese Thematik in der Aktuellen Stunde der Plenarsitzung am Donnerstag zur Sprache zu bringen. Als Thema dafür benannte der SPD-Fraktionsvorstand „Naziterror: Staatliches Versagen und Konsequenzen aus der rechtsextremen Mordserie“.

und
29.11.2011

SPD will Aufklärung über deutschnationale Gruppen bei Volkstrauertag

SPD besorgt über 'Krakengestalt des Rechtsradikalismus'

Die SPD-Landtagsfraktion fordert von der Staatsregierung Aufklärung bezüglich einer Feierstunde anlässlich des Volkstrauertages am 13. November. Bei dieser Veranstaltung am Kriegerdenkmal im Münchner Hofgarten, mitorganisiert vom "Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge", seien neben Minister Herrmann und Vertretern der Bundeswehr und der Bundespolizei auch Angehörige der "Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger" (OdR) des "Kameradenkreises der Gebirgstruppe" sowie Vertreter zweier Münchener Burschenschaften - "Danubia" und "Cimbria" - zugegen gewesen.

Der dienstliche Kontakt der Bundeswehr mit der OdR ist seit 1999 verboten, "Danubia" wurde zeitweise vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft, "Danubia" und "Cimbria" sind innerhalb des Dachverbandes "Deutsche Burschenschaften" Mitglieder des Zusammenschlusses "Burschenschaftliche Gemeinschaft". Dieser fiel insbesondere in den letzten Monaten verstärkt durch rassenbiologische und geschichtsrevisionistische Positionen auf.

In einer Anfrage an die Staatsregierung möchte die SPD in Erfahrung bringen, ob die Staatsregierung im Vorfeld der Veranstaltung über die Anwesenheit der oben genannten Organisationen informiert war. "Es ist schon erstaunlich, dass deutschnationale Gruppen in größerem Umfang an einer solchen Veranstaltung teilnehmen durften", so die SPD, "Minister Herrmann wird erklären müssen, warum nichts unternommen wurde, diese Gruppen von der Teilnahme auszuschließen." Stattdessen seien diese Gruppen sogar in den offiziellen Teil der Veranstaltung integriert wurden.

"Es geht mir keineswegs darum, den Mitinitiator "Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge" anzugreifen oder den Innenminister in Verbindung mit rechtsextremen Organisationen zu bringen", erklärt die SPD. "Dennoch stellt sich die Frage, welche Krakengestalt der Rechtsradikalismus bereits angenommen hat, dass er solche Veranstaltungen unterlaufen kann."